

Bürger*innenasyl Aachen

Redebeitrag für die Kundgebung am 2.5.2020

Angesichts der katastrophalen Verhältnisse in den Lagern auf den griechischen Inseln haben immer mehr Städte in Deutschland ihre Bereitschaft erklärt, zusätzlich unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder sofort aufzunehmen. Inzwischen sind es über 140 Städte, die dazu bereit sind. So hat der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel von der SPD erklärt, seine Stadt habe 400 freie Plätze für Flüchtlinge, dazu 100 für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die sofort zur Verfügung stünden.

Auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft sind derartige Maßnahmen geplant. So hat der Runde Tisch Flüchtlinge in Herzogenrath einen Bürgerantrag in Form einer Dringlichkeitsentscheidung gestellt, dass sich die Stadt Herzogenrath in die Reihe der Städte einreihen soll, die bereit sind, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als es nach den landesrechtlichen Vorgaben vorgesehen ist. Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Gleichzeitig möge sich der Rat der Stadt der Forderung an den Gesetzgeber anschließen, im Aufenthaltsgesetz die Möglichkeit zur freiwilligen kommunalen Aufnahme von Geflüchteten einzuräumen.“

Denn daran scheitern bisher alle diese kommunalen Initiativen, weil eine Zuweisung der Flüchtlinge an die Kommunen eine Sache des Bundes ist und das Innenministerium nicht dazu bereit ist, dies zu ändern. Auch die Stadt Aachen hat sich bisher allen Appellen zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit des Bundes widersetzt. So hat OB Marcel Philipp den damaligen Aufruf der Aachener Seebrücke abgelehnt, sich dem Bündnis der Städte „Sicherer Häfen“ anzuschließen, weil Flüchtlingsfragen nicht kommunal, sondern zentral geregelt werden müssten.

Trotz dieser formaljuristischen Antihaltung der Politik gegenüber humanitär notwendigen Entscheidungen wird auch der Förderkreis Asyl in Würselen wie unsere Herzogenrather Freunde einen Antrag beim Würseler Stadtrat auf sofortige Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge stellen, denn bevor sich die dramatische Situation in den griechischen Lagern in der Corona-Krise noch weiter zuspitzt, muss schnell politisch gehandelt werden, in Würselen, in Aachen, in Berlin und in der gesamten EU. Ohne Druck ändert sich nichts. Deshalb stehen wir heute hier, damit auch die Geflüchteten in der Corona-Krise endlich geschützt werden.

2.5.2020

Jürgen Hohlfeld